



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Weltgeschichte im Aufriß auf geopolitischer Grundlage**

**Braun, Franz**

**Dresden, 1930**

XLI. Die Versailler Ordnung. 1. Die "alliierten und assoziierten Mächte". 2. Das neue Staatenbild Europas. 3. Die völkischen Probleme.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77289](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77289)

## XLI. Die Versailler Ordnung.

1. Die „alliierten und assoziierten Mächte“.
2. Das neue Staatenbild Europas.
3. Die völkischen Probleme.

1. u. 2. Das gemeinsame Ziel der Siegermächte ist nicht die Sicherung eines ewigen Friedens, sondern die rücksichtslose Vertretung ihrer Sonderinteressen. Vor allem sind sie bemüht, jede Möglichkeit einer neuen Kräfteballung in Mitteleuropa zu zerstören. Im Gesamtergebnis der verschiedenen Friedensschlüsse ist das auch erreicht.

(7. Mai 1918 Friede zu Cotroceni: Zentralmächte mit Rumänien); 28. Juni 1919 <sup>Die Friedensschlüsse</sup> Friede zu Versailles: Entente mit dem Deutschen Reich; 10. September 1919 Friede zu St. Germain: Entente mit der Republik Österreich; 4. Juni 1920 Friede zu Trianon: Entente mit Ungarn; 10. August 1920 Friede von Sèvres und 24. Juli 1923 Friede zu Lausanne: Entente mit der Türkei; 27. November 1919 Friede zu Neuilly: Entente mit Bulgarien.

Zu diesem Zwecke sind die Mittelmächte verkleinert, und um das östliche und südöstliche Mitteleuropa ist von Frankreich ein Kranz von Vasallenstaaten herumgelegt, die die Aufgabe haben, insbesondere das Deutsche Reich zu überwachen (die Kleine Entente). Vom Deutschen Reich sind wertvolle Grenzprovinzen mit 7½ Millionen Einwohnern abgetrennt und zu den Nachbarstaaten geschlagen. Die Hoheit des Reiches ist auf das schwerste bedroht.

Man kann das Deutsche Reich staatsrechtlich nur noch als ein den Anordnungen des Obersten Rates der Entente unterworfenen autonomes Gebiet kennzeichnen (Vogel).

Von den 12 Millionen Deutschen in der alten Habsburger Monarchie werden 6 Millionen „wie Vieh- oder Tauschware“ an stammfremde Staaten verschenkt und der Verslavung und Romanisierung ausgesetzt.

**D e u t s c h - Ö s t e r r e i c h** wird lebensunfähig gemacht (Beschränkung auf die Alpenländer, unhaltbare strategische Grenzen, Binnenstaat ohne Meeresküsten, Lebensmittelmangel, fremde Finanzkontrolle, Zollschranken, Randlage der Hauptstadt Wien). Deutsch - Österreich

**U n g a r n** ist auf ein Drittel seines alten Umfanges, auf das magyarische Kernland der Donau, die Theißebene, beschränkt und ein reiner Binnenlandstaat (= 91 000 qkm mit 7,5 Mill. E.). 3,5 Millionen Auslandmagyaren wohnen heute in der Tschechoslowakei, Rumänien und Südslavien. Den einzigen früher ungarischen Hafen Fiume hat es eingebüßt. Ungarn strebt danach, die alten Grenzen des Königreichs wiederzugewinnen. England hofft mit Hilfe Ungarns seine Donauschiffahrtspläne zu verwirklichen und hier gegen Frankreichs Einfluß in Südslavien ein Gegengewicht zu schaffen. Die gemeinsame Gegnerschaft gegen Südslavien hat Ungarn auch mit Italien zusammengeführt (Vertrag 1927). Ungarn

Aus Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien, Slowakei und Nordungarn ist der **t s c h e c h o s l o w a k i s c h e** Staat gebildet worden; er reicht bis an die Donau (Preßburg) = 146 000 qkm mit 13,5 Mill. E. Die Tschechoslowakei ist ein neuer Binnenstaat Europas geworden, seiner Gestalt nach ein „groteskes, raumgeographisch völlig unhaltbares Gebilde“ Tschechoslowakei

(von 900 km Länge und 150 km durchschnittlicher Breite), „fischförmig, dessen Kopf sich in die Massen des deutschen Volkstums tief hineinbohrt“. Und zwar wird das tschechische Volkstum von einer geschlossenen Masse deutscher Siedlungsbodens auf fast allen Seiten umfaßt. Die nationalen „Minderheiten“ zählen 7,5 Millionen (Deutsche, Slowaken, Magyaren, Ruthenen, Ukrainer, Polen) neben 6 Millionen Tschechen, also ein Nationalitätenstaat — kein Nationalstaat. Zwar wirtschaftlich reich ausgestattet, industriell hochentwickelt, ist der Staat aber verkehrsgeographisch keine Einheit. Das tschechische Zentrum Nordböhmens gehört zum Elbegebiet, Mähren zum Wiener Becken, die Slowakei zum Donau-Theißgebiet. Nur eine abkürzende Eisenbahnstrecke (strategisch völlig unzureichend) läuft über die quergelagerten Weißen Karpathen. Der beste Zugang zum Meere führt elbabwärts über Hamburg (Internationalisierung der Elbe, tschechischer Freihafen in Hamburg!). Trotzdem der tschechische Staat so verkehrsgeographisch und auch wirtschaftlich auf Deutschland angewiesen ist, knebelt er das Deutschtum in unerhörter Weise. Dazu kommt die Feindschaft mit Ungarn wegen der völkisch völlig unberechtigten Grenzziehung, die  $\frac{3}{4}$  Millionen Magyaren von Ungarn losriß. Wie es unter diesen Verhältnissen trotz der russischen und französischen Freundschaft der imperialistischen Politik der Tschechei gelingen soll, Prag zum politischen Mittelpunkt in Mitteleuropa zu machen, ist unerfindlich. Eine gedeihliche Entwicklung ist nur bei einsichtsvoller Verständigung mit den Deutschen und Deutschland möglich (vgl. Vogel).

Polen

Durch Angliederung von Posen, Westpreußen, Ostoberschlesien und Galizien, durch den Anschluß der westlichen Ukraine und des westlichen Teils von Weißrußland an Kongreßpolen ist der polnische Staat entstanden. Er gebärdet sich als Großmacht, kann es aber niemals sein oder werden, da seine Basis zu klein ist. 17 Mill. Polen stehen 10,5 Mill. Minderheiten gegenüber (5 Mill. Juden, 2 Mill. Weißrussen, 1,5 Mill. Deutsche, 1,5 Mill. Ukrainer, 200 000 Kassuben, 150 000 Litauer). Trotzdem träumt der polnische Imperialismus davon, Schlesien, Pommern bis zur Oder, Danzig, Ostpreußen, Litauen und Weißrußland dem polnischen Reiche anzugliedern — eine Überspannung der Machtpolitik ohne die nötigen Vorbedingungen, wie sie den meisten politischen Neubildungen eigen ist. Er sollte vielmehr in maßvoller Beschränkung auf die engeren nationalen Grenzen mit der Stellung eines Mittelstaates zwischen den größeren Nachbarstaaten zufrieden sein.

Rumänien

Rumäniens Umfang hat sich durch die Erwerbung Siebenbürgens und des Banats (von Ungarn), der Bukowina (von Österreich) und Bessarabiens (von Rußland) verdoppelt. Auf Bessarabien erhebt Sowjetrußland immer noch Anspruch und stiftet darum dort immer neue Unruhen an. Die alte Feindschaft mit dem zur Zeit kraftlosen Bulgarien ruht augenblicklich. Die nationalen Streitfragen mit Ungarn versuchen England und Italien, die beiden Staaten befreundet sind, friedlich zu schlichten. Immerhin bleibt die Lage Rumäniens nicht ganz einfach; sie erfordert große Geschicklichkeit und Vorsicht in der Staatsführung.

Bulgarien

Bulgarien ist um Mazedonien und die südliche Dobrudscha

verkleinert, es hat dadurch die ägäische Meeresküste wieder verloren und an Griechenland überlassen müssen.

Serbien ist um Bosnien, Herzegowina, Dalmatien, Kroatien und Slawonien, die Untersteiermark und Krain sowie Teile Südungarns (Batschka, Banat), ferner um Montenegro und Mazedonien erweitert. Das bisherige Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (S. J. S., Südslavien) nennt sich seit dem 1. Okt. 1929 „Königreich Jugoslawien“.

Die endlich erreichte Adriaküste bringt Südslavien freilich in ausgesprochenen Gegensatz zu Italien, das die adriatische Gegenküste aus strategischen Gründen für die Beherrschung des mare nostrum haben möchte, und soweit sie Raum bietet, dort zugleich den Überschuss seiner Volkskraft ansiedeln will (in Italien 131 auf 1 qkm, in Südslavien 49, in Albanien 29). Mit Triest, Istrien (Fiume), dem Karst und Zara an der dalmatischen Küste hat Italien Einfallsportnen in das südslawische Volksgebiet. In dem politischen Kräftedreieck Rom-Belgrad-Athen ist die Hauptstadt Albanien, Tirana, zum Brennpunkt der sich dort kreuzenden gegensätzlichen Interessen geworden. Für Italien ist Albanien der Torhüter am Balkan. Durch den Pakt von Tirana ist Italien auch indirekt Grenznachbar Südslaviens geworden (italienisch-albanischer Freundschaftsvertrag 1926; Militärbündnis 1927). Auch Bulgarien (wegen Mazedoniens) und Ungarn, auf deren Kosten sich Serbien hauptsächlich vergrößerte, sind Serbiens unversöhnliche Gegner. Mit den außenpolitischen Spannungen verbinden sich innere Schwierigkeiten. Von den 12 Mill. Einwohnern (Italien, nur  $\frac{1}{5}$  größer, hat 40,5 Mill.) machen die Serben 41,6, die Kroaten 25,8, Slowenen 6,6, Deutschen 6,6, Bulgaren 6,6, Magyaren 4,2, Albanesen 4,2, andere 4,6 Prozent aus. Selbst die führenden slawischen Stämme sind unter sich nicht einig. Die katholischen Kroaten stehen in Opposition zu den orthodoxen Serben. Montenegro hat sich nur widerwillig in die Vereinigung gefügt und macht jetzt noch Schwierigkeiten. Osteuropäische und mitteleuropäische Kultur stoßen hier aufeinander. Die Grenzen sind bis auf die in den nördlichen Ebenen gelegenen leicht zu verteidigen. Ein Urteil über die weitere Entwicklung läßt sich einstweilen kaum abgeben.

Jugoslawien, Tschechoslowakei und Rumänien bilden die Kleine Entente zur Wahrung ihres Besitzstandes gegenüber Ungarn, Österreich und Bulgarien. Da nun Italien mit der Adriafrage stark an den Balkanverhältnissen interessiert ist, versucht es durch die Freundschaft mit Rumänien, der „lateinischen Schwester im Osten“, seinen Balkaneinfluß zu verstärken, lockert dadurch zugleich die Kleine Entente, weil Südslavien natürlich das Spiel durchschaut. Südslavien findet dagegen in Griechenland eine Stütze, das sich von der albanischen und Ostmittelmeerstellung Italiens bedroht fühlt. In allerjüngster Zeit kommt Griechenland freilich Italien wieder näher, um sich der englischen Abhängigkeit mehr zu entziehen. Die gerade von Griechenland ausgegebene Lösung „der Balkan den Balkanvölkern“ und die daran geknüpfte Hoffnung auf eine Balkanunion bleibt vorläufig aussichtslos. Denn die Balkanstaaten leben nur von der Gnade der Großmächte, die sie willkürlich hin und her schieben. Den Kleinen bleibt nur übrig, zwischen den Großen geschickt

Großserbien

Adriafrage

Kleine Entente, die neue Balkanpolitik

hin und her zu manövrieren. Die geopolitischen Reibungsflächen auf dem Balkan sind mit der Neuordnung keineswegs beseitigt. Erfüllte Forderungen auf der einen Seite haben Unruheherde an anderer Stelle entstehen lassen. Der Balkan bleibt ein gefährlicher geopolitischer Brandherd Europas.

Die  
verkleinerte Türkei

Die **Türkei** ist auf Konstantinopel und Anatolien beschränkt, die Meerengen sind internationalisiert. Angora ist seitdem die Hauptstadt des Staates. Mesopotamien, Arabien und Syrien, auch Palästina, werden „selbständige“ Staaten, d. h. sie stehen unter dem „Mandat“ Frankreichs und Englands (vgl. S. 161).

Kriegsgewinne  
Die westeuropäischen  
Machtstaaten

**Belgien** ist um Eupen-Malmedy vergrößert.

**Frankreich** hat wieder festen Fuß am Rhein gefaßt und beherrscht die neuentstandenen Staaten Ost- und Südosteuropas.

Der Besitz der großen Quersfurche Rhein-Rhone, die die Nordsee, den „Welthafen des Atlantik“, mit dem Mittelmeer verbindet, ist für die Herrschaft über das europäische Festland entscheidend. Die Rhone ist ausschließlich französischer Strom. Darum will Frankreich das Rheinland auch nach der Räumung des besetzten Gebietes zum mindesten als französische Interessensphäre behalten, um es politisch und wirtschaftlich zu beherrschen. So sind die Rheinlande nicht nur entwaffnet, sie sind entmilitarisiert. Der Rheinpakt des Locarnoabkommens (Oktober 1925) hat die betreffenden Versailler Bestimmungen wieder aufgenommen. Jegliche Festungsanlage in einer Zonenbreite von 50 km ist verboten, die Aufrechterhaltung irgendwelcher materiellen Vorkehrungen für eine Mobilmachung ist untersagt (willkürliche Auslegungsmöglichkeit; selbst Straßen-, Bahn-, Brückenbauten können daraufhin verboten werden). Kein Reichwehrsoldat darf die entmilitarisierte Zone betreten. Sie umfaßt 11,8 % der Gesamtfläche mit 23,3 % der Gesamtbevölkerung Deutschlands (Rheinprovinz, Teile von Westfalen und Hessen, von Baden, Pfalz und Württemberg). Die verschiedenen Kontrollkommissionen haben das ihrige getan, um die westdeutsche Wirtschaft niederzuhalten und deutsche Industriegeheimnisse auszuspionieren. Deshalb lehnte sie Stresemann mit Recht auch als „Versöhnungskommissionen“ ab (Rede Juli 1929). Die Rheinschiffahrt ist internationalisiert, selbst im voraus schon der erst geplante Verbindungskanal zwischen Rhein und Donau.

Frankreichs europä-  
ische Vormacht-  
stellung

In allen Machtfragen des europäischen Kontinents gibt Frankreich den Ausschlag. England ist weniger daran interessiert und darum zu politischen Zugeständnissen in Europa im Austausch gegen wichtigere Gewinne im System seines Weltreiches bereit. Durch den engen Anschluß Belgiens an Frankreich ist das flandrische Vorland für England verlorengegangen. Frankreich könnte nötigenfalls seine Front bis an die deutsche Nordseeküste vorziehen. Bei seinem innigen Einvernehmen mit der Tschechoslowakei kann es von Mainz aus Deutschland in zwei Hälften, Nord- und Süddeutschland, zerreißen. Frankreich hat sich überhaupt nach dem Zusammenbruch des zaristischen Rußlands in überaus geschickter Weise zum Treuhänder des übrigen Slaventums gemacht, um den völkischen Bestrebungen zum Siege zu verhelfen, die es schon während des Krieges durch Bildung von polnischen und tschechischen Legionen gefördert hatte. Es plant eine Konföderation der von ihm abhängigen Donaufstaaten, natürlich mit Ausschluß Deutschlands. (Über Frankreichs weltpolitische Stellung und Ziele vgl. S. 155 u. 158.)

Da Frankreich weiß, daß Deutschland den Versailler Frieden nur ge-

zwungen unterschrieben hat, lebt es in steter Sorge für seine Sicherheit. Es fürchtet, Deutschland könne sich gewaltsam Elsaß-Lothringen wieder holen. Der Vertrag von Locarno 1925 soll nun dem ein Ende machen und einen dauernden Friedenszustand zwischen Deutschland und den Westmächten schaffen. Deutschland verzichtet auf gewaltsame Grenzveränderungen und verspricht, nur auf friedlichem Wege Veränderungen zu erstreben (Westpakt). Von Frankreich erwartet man dafür die Räumung des Rheinlandes, erfährt freilich eine bittere Enttäuschung. Zur Schlichtung der Streitigkeiten zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei wird ein Schiedsgericht eingesetzt (Ostpakt). Für den Osten hat Deutschland aber die unnatürliche Grenzziehung nicht anerkannt.

Sicherungsverträge  
Locarno 1925

In Ergänzung des Westpactes nach Osten hin vereinbart Deutschland mit Rußland im Berliner Vertrag 1926 gegenseitige wohlwollende Neutralität. Deutschland und Rußland sichern sich außerdem wirtschaftliche Unterstützung zu.

Berliner Vertrag  
1926 mit Rußland

Auch der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund (September 1926) als gleichberechtigtes Mitglied neben den andern Großmächten (Sitz im Bundesrat) soll eine Entspannung der gegenseitigen Beziehungen bringen. Der Völkerbund war in den ersten Jahren in Wirklichkeit nur ein Mittel in den Händen der Siegermächte, vor allem Frankreichs, um ihren Willen und ihre Ziele unter allen möglichen Decknamen um so sicherer durchzusetzen.

Deutschlands Beitritt  
zum Völkerbund

Die weitaus meisten Staaten gehören dem Völkerbund an. Nichtmitglieder sind u. a. die Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland. Der Völkerbund kann im Dienste der von ihm aufgestellten hohen Menschheitsziele nur dann wertvolle Arbeit leisten, wenn er seine Interessenpolitik aufgibt, vielmehr allen gegenüber Gerechtigkeit und Billigkeit walten läßt. Noch immer aber wartet das Rheinland auf die Aufhebung der Besetzung, hoffen die Minderheiten vergeblich auf wirksamen Schutz, noch immer ist die Abrüstung einseitig nur bei den Besiegten durchgeführt, während die Siegerstaaten in Waffen starren.

Auf der Haager Konferenz (Sept. 1929) ist versprochen worden, das Rheinland bis 30. Juni 1930 zu räumen. Über das Saargebiet ist aber noch keine Vereinbarung getroffen.

Der Versuch Frankreichs, durch einen Vertrag mit Amerika einen gegenseitigen Krieg für die Zukunft auszuschließen, veranlaßt Amerika, allen Staaten einen Kriegsächtungspakt (Kelloggspakt) zu unterbreiten (1928). Dieser Pakt wird zwar (mit französischen und englischen Vorbehalten) angenommen, aber die Genfer Abrüstungsverhandlungen während der Jahre 1928 und 1929 verlaufen ergebnislos. England und Frankreich haben 1928 statt dessen unter sich eine Vereinbarung über die eigenen Rüstungen getroffen.

Kriegs-  
ächtungspakt 1928  
Die „Abrüstung“

Die Verhandlungen über den Kelloggspakt lassen den englisch-amerikanischen Gegensatz deutlich erkennen. England sträubt sich gegen den „hohlen Schwindel“: Kriegsächtung trotz amerikanischer Flottenvermehrung. Letzter Sinn des Vertrages: Amerika beansprucht für sich die Rolle des Schiedsrichters in allen entscheidenden Fragen der Weltpolitik. Die öffentliche Meinung bestätigt die Auffassung: „Heute kann kein Staat der Welt mehr Krieg führen, ohne daß Washington sein Placet gibt.“ England kann um seiner imperialistischen Zukunftspläne

willen auf den Krieg als Mittel staatlicher Politik nicht verzichten, es will Rußland vor allem von dem Kriegsächtungspakt ausgenommen wissen, um einer „friedlichen Expansion“ westeuropäischen Kapitals den Weg freizulassen. Aber gerade darum arbeitet Amerika dem entgegen. England lenkt ein und fügt sich zunächst dem Willen Amerikas. Hätte Europa gerade in diesem Augenblick schon gegen den amerikanischen Imperialismus einig sein sollen? Deutschland stimmt vorbehaltlos zu, um gegen Frankreich und England zu demonstrieren. — Die englisch-amerikanische Spannung bestimmt England, trotz der französischen Rivalität im Mittelmeergebiet, seine Seemachtstellung durch den Anschluß der französischen Flotte zu stärken, es überläßt Frankreich dagegen die militärische Vormachtstellung auf dem Kontinent.

Englands  
europäische Politik

Die betonte Rüstungspolitik Amerikas in den letzten Jahren verschärfte die englisch-amerikanischen Gegensätze und festigte die englisch-französische Entente. England schien europamüde zu sein, schwankend und zaudernd ließ es 10 Jahre den französischen Militarismus gewähren. So beruhte der „gallische Friede“ auf dem Rüstungsvorsprung und der Vormachtstellung Frankreichs, die der Paneuropaplan Briands festhalten möchte. England fand nach dem Kriege eine neue Weltlage vor; trotz der Niederlage des deutschen Konkurrenten war es doch nicht als Sieger hervorgegangen. Es hat seine Vormachtstellung zur See verloren, die U. St. und Japan sind als neue Weltmächte hochgekommen. In dem Neuaufbau seines Weltreiches (vgl. S. 155 ff.) sah England zunächst die dringendste Aufgabe, darum die große Zurückhaltung in den europäischen Machtfragen. Jetzt (Herbst 1929) nimmt die englische Außenpolitik aber eine entscheidende Wendung: sie sucht eine Einigung mit den U. St. („angelsächsischer Friede“).

England will sich größere Handlungsfreiheit in Europa schaffen. Da es auf den europäischen Markt angewiesen ist, darf der Kontinent nicht einer Militärmacht ausgeliefert bleiben. Darum plötzlich die Hartnäckigkeit Englands gegen Frankreich auf der Haager Youngplankonferenz und die Betonung englisch-amerikanischen Einvernehmens beim Besuch Mac Donalds in New York im Oktober 1929. England ist bereit, sich mit den U. St. auf der Flottengleichheit zu verständigen. Beide übernehmen dann die Polizei der Weltmeere, die Neuordnung des Seereiches, den Schutz der Freiheit der Meere für den Welthandel. In Paris und Rom fühlt man die große Gefahr eines gemeinsamen Vorstoßes von London und Washington gegen das System und den Geist von Versailles. Denn der Neuordnung der Seestreitkräfte muß endlich auch ein Ausgleich der Landrüstungen folgen, vielleicht schon auf der Londoner Fünfmächtekonferenz im Januar 1930. England erkennt auch immer mehr die Bedeutung Deutschlands für die wirtschaftliche Kräftigung Europas. Aufgabe Deutschlands muß es sein, bei der bevorstehenden Neuordnung sich mit klarer, zielbewußter Entschlußfreudigkeit in die große Politik einzufalten.

Die Lage  
in Osteuropa

Das frühere zwischen Rußland, Österreich und dem Deutschen Reich bestehende osteuropäische Gleichgewicht ist aufgehoben. An dessen Stelle ist eine Vielheit von Klein- und Mittelstaaten getreten, die sich gegenseitig beargwöhnen und bekämpfen.

Die östlichen Rand-  
staaten

Die im Brest-Litowsker Frieden mit dem kommunistischen Rußland geschaffenen und durch deutsche Baltikumtruppen befreiten nordöstlichen Randstaaten sind bestehen geblieben: Finnland, Estland, Lettland und Litauen.

Durch den Einbruch der Polen in das Wilnagebiet verlor Litauen freilich seine Hauptstadt und den ganzen östlichen Teil seines Staatsgebietes. Die vielumstrittene Wilnafrage ist noch ungelöst. Dafür hat es sich das „autonome“ Memelland angeeignet.

Das gewaltige russische Reich im Osten Europas ist zertrümmert. Ungewollt hat Deutschland damit den Engländern große Dienste geleistet. Rußland ist jetzt ein Staatenbund als „russische, sozialistische, föderative Sowjetrepublik“ (R. S. F. R. S.). Sie hat im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in kluger Erkennung der Zukunftsentwicklung den völkischen Einheiten (Großrussen, Weißrussen, Wolgadeutschen, Ukrainern, Kaukasiern usw.) zu staatlichem Eigenleben (jedoch ohne politische Selbstbestimmung) innerhalb des Sowjetsystems verholfen. Moskau ist wieder Hauptstadt und Sitz der Sowjetgewaltherrschaft, die die einzelnen Völker zu einer politischen Einheit zusammenfaßt.

Sowjetrußland

Bis auf Rußland ist keiner der neuen Staaten Europas ein Nationalstaat im Sinne der westlichen Begriffsbildung. Es kommen in:

Die Nationalitätenstaaten Osteuropas

Polen	auf 17 Mill. Polen	10,5 Mill. Minderh.	38,2 %
d. Tschechosl.	= 6 = Tschechen	7,5 =	55,6 =
Rumänien	= 11,6 = Rumänen	4,6 =	28,4 =
Südslavien	= 8,9 = Serb., Slow., Kr.	3,1 =	25,8 =
Lettland	= 1,2 = Letten	0,4 =	25,0 =
Litauen	= 2,7 = Litauer	0,9 =	25,0 =
Estland	= 1 = Esten	0,14 =	12,3 =

Fast in allen diesen Staaten stehen die völkischen Minderheiten auf höherer Kulturstufe als die herrschende Mehrheit, um so widerwärtiger erscheint der rücksichtslose Kulturkampf, der gegen sie geführt wird.

Da die Friedenskonferenz ihre Gründe hatte, das feierlich verkündete Selbstbestimmungsrecht nur mit beschränkter Geltung durchzuführen, schuf sie einen Ersatz in den Minderheitsschutzverträgen, durch die bürgerliche Gleichberechtigung, freier Gebrauch der Muttersprache und kulturelle Entwicklung gewährleistet werden soll. Dieser Rechtsschutz bleibt aber einem Teile der europäischen Minderheiten (vor allem den Deutschen in Südtirol, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien usw.) tatsächlich versagt. Auf die Erfüllung der geschlossenen Verträge — Italien war ihnen nicht beigetreten — vermag der Völkerbund keinen Einfluß auszuüben. Bisher ist überall im Osten das Deutschtum Träger der Kultur gewesen. Vernichtung des Deutschtums muß kulturellen Niedergang bringen. Auch abgesehen von diesen Folgen muß man aber verlangen, daß der Staat auch für eine kulturelle Selbständigkeit der in ihm lebenden nationalen Minderheiten Raum bietet. Estland hat als erster Staat der Welt den Gedanken der kulturellen Autonomie der Minderheiten großzügig verwirklicht (eigenes Schulwesen, Steuerrecht für kulturelle Zwecke). Ein solches Recht erkennen auch das Deutsche Reich und Österreich, Lettland und Räterußland an. Überall sonst werden die Minderheiten mit brutaler Rücksichtslosigkeit entrechtet.

Minderheitenschutz

Will man auf der Grundlage des Nationalstaatsgedankens gerechte Staatsgrenzen suchen, so kommt man im Bereich der östlichen Randstaaten Mitteleuropas freilich in die größten Schwierigkeiten; denn hier sind die Siedlungsgebiete der Völker ganz regellos verzahnt, sie überschneiden sich außerdem noch mit wiederum anders abgegrenzten Wirtschaftsgebieten. Nur ein neuer Staatsgedanke kann die Lösung und damit den Frieden bringen,



„ein Staatsgedanke, der alle die Klüfte und Widersprüche überwindet und überbrückt, indem er jedem Volke der mitteleuropäischen Vielvölkerzone die freie Selbstentwicklung in einem autonomen Staatskörper sichert, gleichwohl aber der schicksalsmäßigen Verbundenheit des Lebensraumes, des weltpolitischen Existenzkampfes und des Wirtschaftslebens von Volk zu Volk Genüge tut durch die Einordnung der verschiedenen autonomen Staatskörper in einen höheren politischen Verband. Es gibt keine Nation auf der Erde, die im gegenwärtigen Augenblick besser imstande wäre, in ihrem Staate eine derartige Aufnahmestellung zu schaffen als die deutsche.“  
(Lamatsch, Sudetendeutsche Politik. Ztschr. d. Weg. 1929.)

## XLII. Die Völker Europas.

Das Völkermosaik  
Europas.

Die Völker Europas pflegt man nach folgenden Hauptgruppen zu unterscheiden: vorwiegend in Nordwest- und Mitteleuropa siedeln Völker *germanischer* Abstammung: Deutsche, Niederländer (und Flamen), Engländer, Skandinavier und Isländer (Gesamtzahl: 135 Mill.).

Die Zuweisung der Engländer zu den Völkern germanischer Abstammung folgt hier dem gewohnten Rassenschema. In der Tat ist die Entstehung des englischen Volkes auf den Einbruch germanischer Eroberer zurückzuführen. Der Volkskörper als solcher baut sich aber auf sehr verschiedener Rassengrundlage auf. Die Engländer unserer Tage wollen Briten genannt werden und rechnen sich zum keltisch-romanischen Kulturkreise.

In Südwesteuropa siedeln *romanische* Völker: Spanier, Portugiesen, Italiener, Franzosen, Wallonen; zur romanischen Gruppe zählt man auch die in Südosteuropa wohnenden, aus römischer Provinzbevölkerung und anderen Mischvölkern hervorgegangenen Rumänen (Gesamtzahl: 110 Millionen).

Die nach Südslaven (Kroaten, Slowenen, Serben, Bulgaren), Westslaven (Polen, Tschechen, Slowaken, Wenden) und Ostslaven (Russen) unterschiedenen *Slaven* in Osteuropa erreichen 125 Millionen.

Sie alle, dazu die Griechen (Mischvolk aus Griechen und slavischen Bulgaren und Albanesen), Albanesen, Balten (Lietten und Litauer) und Kelten werden der *europäischen* Rasse zugeteilt.

Aus Asien eingewanderte Völker in Europa sind: die *mongolischen* Stämme der Türken, Nordfinnen, Esten, Lappen, Kirgisen und Samojeden. Die Magyaren, mongolischer Abkunft, sind stark mit deutschem Blut durchsetzt.

Diese Völker Europas bilden mehr als ein Viertel der Erdbevölkerung. Europa, der zweitkleinste Erdteil, hat darum die dichteste Besiedelung. Nach den neuesten Berechnungen von 1928 hat Europa 484, Asien 1045, Nord- und Mittelamerika 159, Afrika 139, Südamerika 75, Ozeanien 9 Millionen Einwohner; es beträgt die Bevölkerungsdichte in Europa 1:54, Asien 1:24, in Nord- und Mittelamerika 1:7½, in Afrika 1:5, in Südamerika 1:3½, in Ozeanien 1:1.

Die Völker sind sehr verschieden über den europäischen Raum verteilt. Im Westen liegen die Volksgrenzen im allgemeinen fest, anders im Osten. Dort greifen die einzelnen Volksgebiete mangels natürlicher Grenzen in- und übereinander. Außerhalb ihrer geschlossenen Siedlungsböden haben sich die Völker vielfach auch in dünner Streulage weit über fremden Volksboden hin verbreitet.